

Eilantrag des Synodalen Reinhard Hotop - „Die Nutzung der Kernenergie beenden“

Die Landessynode möge beschließen:

Offener Brief an unsere Gemeinden, an die Parlamente und Regierungen der Länder und des Bundes, an das Europäische Parlament und den Europarat.

Die Ereignisse in Japan machen uns betroffen und ratlos. Wir denken an die Opfer der Katastrophen und schließen sie ein in unser Gebet. Besonders denken wir an die auf dem Kraftwerksgelände verbliebenen Arbeiter, die verzweifelt versuchen, unter Lebensgefahr den größten anzunehmenden Unfall zu verhindern.

Wir schauen 25 Jahre zurück und erinnern uns an die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Damals versuchten die staatlichen Stellen das wahre Ausmaß der Katastrophe zu verschleiern. Unsere Kirche hat sich dem entgegengestellt und an vielen Stellen auch mit illegal gedrucktem Informationsmaterial für Aufklärung gesorgt. Schon damals wurde von vielen evangelischen Christen der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie gefordert.

Aus Verantwortung für die Schöpfung fordern wir heute deshalb erneut:

Die Nutzung der Kernenergie muss beendet werden.

Die Atomkatastrophe in Japan zeigt uns, dass keine von Menschen gemachte Technologie ohne das Risiko eines Versagens betrieben werden kann. Deshalb ist es unverantwortlich, weiter eine Großtechnologie anzuwenden die das Potential zur Zerstörung riesiger Lebensbereiche unserer Erde in sich trägt.

Das durch die Bundesregierung ausgerufene Moratorium zur Aussetzung der im vergangenen Herbst beschlossenen Laufzeitverlängerung für AKW ist ein erster richtiger Schritt.

**Wir wenden uns an die Verantwortungsträger in den Parlamenten und Regierungen in den Ländern, im Bund und der europäischen Union:
Setzen Sie sich dafür ein, dass**

- auch nach Ablauf des Moratoriums die ältesten Reaktoren ausgeschaltet bleiben,
- die Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht wird.
- die im Atomausstiegsgesetz vorgesehenen Restlaufzeiten der AKW drastisch verkürzt werden,
- die Verhandlungen mit den Energieversorgungsunternehmen(EVU) öffentlich und transparent durchgeführt werden (Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Entscheidungen Rücksicht nehmen auf die wirtschaftlichen Interessen der EVU. Die einzigen Kriterien für die Festlegung des Ausstiegszeitraums dürfen nur die Sicherheit und die Versorgungssicherheit mit Elektroenergie sein.),
- die Kreditprogramme der KfW zur Investition in Erneuerbare Energien und Energieeinsparung ausgeweitet werden,

- das Erneuerbare Energien Gesetz weiterentwickelt wird und die darin enthaltenen Investitionsanreize verstärkt werden,
- die Kraftwärmekopplung als Brückentechnologie gefördert wird,
- der Aufbau von intelligenten Versorgungsnetzen (smartgrids) mit dezentraler Erzeugerstruktur vorangetrieben wird,
- die Verstromung von fossilen Energieträgern ebenfalls in absehbarer Zeit beendet wird,
- in Europa und der ganzen Welt die Nutzung der Kernenergie zu Ende geht,
- ein international gültiges Regelwerk für die Sicherheit von AKWs geschaffen wird,
- eine sichere Verwahrung des hochradioaktiven Atommülls gewährleistet wird (ergebnisoffene Suche nach einem Endlager an mehreren Standorten, Beteiligung der betroffenen Bürger an allen Entscheidungen, Einbeziehung von atomkritischen Fachleuten in die Entscheidungsfindung).

Die Mitglieder unserer Kirchengemeinden, die Kirchenkreise, Kirchspiele und Gemeinden bitten wir: Überlegen Sie, wie Sie in ihrem Lebensbereich die Nutzung der erneuerbaren Energien befördern können. Stellen Sie Dachflächen Ihrer Gebäude für die Nutzung der Solarenergie zur Verfügung oder investieren Sie selbst in die Erzeugung erneuerbarer Energien. Fordern Sie ihre kommunalen Verantwortungsträger auf, in ihrer Kommune alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energien zu nutzen. Gründen Sie Bürgersolarparks oder Bürgerwindparks. Beteiligen Sie sich an solchen Vorhaben materiell und mit Ihrem Engagement.